

Niederschrift
über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Marburg-Biedenkopf
am 22.06.2012, 09:00 Uhr, in Marburg, Stadtteil Cappel
- 9. Sitzung nach der Kreiswahl vom 27.03.2011 -

Anwesend:

SPD: Manfred Apell, Sören Bartol, Ruth Beusing, Joachim Ciliox, Inge Dörr, Klaus-Dieter Engel, Katharina Hesse, Klaus Hesse, Philipp Hesse, Werner Hesse, Brigitte Klingelhöfer, Lothar Mücke, Elisabeth Newton, Roland Petri, Michael Richter-Plettenberg, Detlef Ruffert, Andreas Schulz, Norbert Schüren, Dr. Thomas Spies, Karin Szader, Joachim Thiemig, Kurt Vogt, Monika Weigel, Klaus Weisenfeld, Eva Wenckebach

CDU: Karl-Hermann Bolldorf, Elisabeth Dörr, Frank Gotthardt, Stefan Heck, Heinrich Herbener, Christian Hölting, Walter Horn, Stephan Klenner, Karl Krantz, Rosemarie Lecher, Claus Lixfeld, Karin Lölkes, Juliane Metzger, Oliver Pohland, Armin Reichel, Dr. Thomas Schäfer, Alexander Steiß, Gerhard Teutsch, Manfred Vollmer, Johannes Wagner, Werner Waßmuth, Christian Weigel

GRÜNE: Martin Bergmann, Ina Nadine Bernshausen, Stefan Bug, Sandra Laaz, Sabine Matzen, Michael Meinel, Reiner Nau, Heinrich Palz-Gerling, Sabine Schlegel, Tomas Schneider, Prof. Dr. Angela Doris Thränhardt, Patrick Voyé,

DIE LINKE: Bernd Hannemann, Anna Hofmann, Adnan Yildirim

FW: Horst Bätz, Jürgen Reitz, Bernd Schmidt

FDP: Angelika Aschenbrenner, Jörg Behlen

REP: Manfred Thierau

PIRATEN: Jens Fricke

Kreisausschuss: Landrat Robert Fischbach
Erster Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern
die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten
Ingrid Balzer, Volker Drothler, Heinrich Trümner, Helmut Wege, Bernd Klingelhöfer, Angelika Löber, Heidrun Opländer, Klaus Weber, Armin Becker, Margrit Kahler-Görg, Thorben Peters

Es fehlten:

SPD: Harald Althaus, Thomas Beck, Silvia Demper, Hans-Gerhard Gatzweiler, Sascha Weisbrod

CDU: Thomas Groll, Klaus-Dieter Krieterim, Tobias Meyer, Markus Schäfer, Dr. Christean Wagner

GRÜNE: Ute Hoppe

DIE LINKE: Dr. Ingeborg Cemaj

Kreisausschuss: Manfred Hoim, Sigrid Waldheim, Heinz Wilhelm Wasmuth

Schriftführer: Amtsrat Andreas Stellner

Kreistagsvorsitzender Detlef Ruffert eröffnet die Sitzung des Kreistages um 09:01 Uhr und begrüßt die Damen und Herren Abgeordneten, die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter/innen der Presse, die Zuhörer/innen, sowie die anwesenden Damen und Herren aus der Verwaltung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird vom Kreistagsvorsitzenden die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit festgestellt. Gegen diese Feststellungen werden keine Einwände vorgetragen. Der Kreistag ist beschlussfähig. Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 04.05.2012 wurde allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugesandt. Der

Kreistagsvorsitzende weist darauf hin, dass zwei Korrekturen zur Niederschrift auf allen Abgeordnetenplätzen zum Austausch ausliegen. Aus dem Kreistag werden auf die ausdrückliche Frage des Vorsitzenden gegen diese Niederschrift keine weiteren Einwände erhoben. Somit gilt die Niederschrift in der vorliegenden korrigierten Fassung als genehmigt.

Der Kreistagsvorsitzende bittet, dass sich die Anwesenden von ihren Plätzen erheben. Er gedenkt Frau Hildegund Faecks, die am 09.06.2012 im Alter von 66 Jahren verstorben ist.

Frau Faecks war vom 01.04.97 bis 31.03.2006 Mitglied des Kreistages Marburg-Biedenkopf.

Sie war auch in der Frauenkommission, im Jugendhilfeausschuss und der Schulkommission engagiert.

Sie setzte sich als Kommunalpolitikerin für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises in besonderer Weise ein.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf wird sie in dankbarer Erinnerung behalten.

Es folgt eine Minute stillen Gedenkens.

Herr Ruffert beglückwünscht die Abg. Werner Hesse und Walter Horn zu ihrem 60. Geburtstag und überreicht ein Präsent.

Der Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, dass gemäß § 14 Abs. 7 der Geschäftsordnung jede/jeder Kreistagsabgeordnete/r berechtigt ist, Fragen aus aktuellem Anlass an den Kreisausschuss zu richten. Diese Fragen sind zu Beginn der Sitzung bei dem Kreistagsvorsitzenden schriftlich einzureichen und werden vor Aufruf des Tagesordnungspunktes "Verschiedenes", in jedem Fall aber vor Ende der Sitzung, vom Kreisausschuss beantwortet.

Er stellt fest, dass keine Frage aus aktuellem Anlass eingereicht wird.

Der Vorsitzende berichtet über die Sitzung des Ältestenrates am 04.06.2012, in der auch über den Ablauf der heutigen Sitzung beraten wurde. Die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gegebenen Empfehlungen des Ältestenrates werden jeweils bei Aufruf des Tagesordnungspunktes bekannt gegeben. Er berichtet weiterhin über nachfolgend aufgeführte, in der Sitzung des Ältestenrates besprochene Punkte und bittet um Beratung der Themen in den Fraktionen.

- Große Anfragen sollen zukünftig auf der Tagesordnung hinter den Anträgen platziert werden.
- Der Ältestenrat soll probeweise vor der nächsten Sitzung des Kreistages nach den Sitzungen der Ausschüsse (am Mittwoch vor dem Kreistag) tagen.
- Die Fraktionen werden gebeten zu überlegen, künftig eine feste Schlusszeit einzuführen. Die bis dahin nicht behandelten TOP könnten dann auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt oder ohne Aussprache abgestimmt werden.
- Optionen, Möglichkeiten und Umsetzung der digitalen Einladung sollen in der Sommerpause geklärt werden.

Herr Ruffert macht weiterhin darauf aufmerksam, dass ein Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Quartalsberichte zum Ergebnishaushalt des Landkreises Marburg-Biedenkopf“ gestellt worden ist.

Eine mündliche Antragsbegründung erfolgt durch die Abg. Aschenbrenner. Eine formale Gegenrede erfolgt durch den Abg. Waßmuth.

Nach Vornahme der Abstimmung auf Erweiterung der Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl nicht erreicht ist und der Dringlichkeitsantrag somit auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufgenommen wird.

Der Kreistagsvorsitzende stellt darüber hinaus fest, dass ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Unangekündigte Hygienekontrollen am UKGM Standort Marburg ausweiten“ gestellt worden ist.

Eine mündliche Antragsbegründung erfolgt durch die Abg. Hofmann. Eine formale Gegenrede erfolgt durch den Abg. Waßmuth.

Nach Vornahme der Abstimmung auf Erweiterung der Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl nicht erreicht ist und der Dringlichkeitsantrag somit ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufgenommen wird.

Der Kreistagsvorsitzende informiert darüber, dass ein dritter gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend „Rückkauf von e.on Mitte“ gestellt worden ist.

Auf eine Antragsbegründung und Gegenrede wird verzichtet.

Nach Vornahme der Abstimmung auf Erweiterung der Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl erreicht ist und der Dringlichkeitsantrag somit als Tagesordnungspunkt 11 in die Tagesordnung nachträglich aufgenommen wird.

Der Vorsitzende stellt weiterhin fest, dass der TOP 8 von der SPD-Fraktion zurückgezogen wird.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

TOP 1: Fragestunde

1. Frage des Abgeordneten Hannemann, DIE LINKE vom 31.05.2012

Immer mehr Hartz-IV-Empfänger bekommen -wie aus den Medien zu erfahren war- den Strom gesperrt, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Bundesweit waren von einer solchen Abschaltung im vergangenen Jahr 200 000 Menschen betroffen, da der Stromanteil im Arbeitslosengeld II für die gestiegenen Energiekosten zu gering bemessen ist.

Wie viele Bedarfsgemeinschaften in unserem Landkreis sind zurzeit von dieser Anordnung betroffen und wie viele Menschen leben in diesen Bedarfsgemeinschaften?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Eine konkrete Anzahl, wie viele Bedarfsgemeinschaften bzw. Menschen im SGB-II-Leistungsbezug im Landkreis von einer Stromabschaltung betroffen waren bzw. bedroht sind, ist dem KreisJobCenter nicht bekannt.

Die Zahlungsrückstände entstehen entweder dadurch, dass der Kunde die monatlichen Stromabschläge nicht zahlt oder dass durch einen erhöhten Verbrauch bzw. steigende Preise am Ende eines Abrechnungszeitraumes sich ein hoher Nachzahlungsbetrag ergibt. Kunden, die den Rechtsweg bestreiten und eine einstweilige Anordnung gegen eine solche Stromsperre einlegen, haben zum Teil Erfolg, da vom Sozialgericht das Mittel der Stromsperre im Einzelfall als unverhältnismäßig angesehen wird. Zu beachten ist auch, dass der Stromlieferungsvertrag immer

zwischen dem Versorger und einer Einzelperson bzw. Familie abgeschlossen wird, das KreisJobCenter ist kein Vertragspartner.

Die Anfrage wurde zum Anlass genommen, in den 8 Leistungsteams abzufragen, ob in letzter Zeit vermehrt der Eingang von Anträgen auf Übernahme eines Stromrückstandes verzeichnet werden konnten. Die Zahl dieser Anträge ist nicht spürbar gestiegen, es verbleibt bei Einzelfällen, wobei auch nach dem Einschalten des KreisJobCenters zunächst versucht wird, mit dem Versorger eine Ratenzahlung zu vereinbaren.
(Reg. Nr. 120/4)

2. Frage des Abgeordneten Hannemann, DIE LINKE vom 31.05.2012

Wie häufig waren Presseoffiziere an KJC und Schulen im Landkreis und wie viel (Schul) Stunden hielten sie dort ab?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Am 19.6.2012 fand im KreisJobCenter ein Jobcafé für Frauen statt, in dem über Karrierechancen für Frauen in der Bundeswehr informiert wurde. Ansonsten waren Karriereberater der Bundeswehr verschiedentlich auf den Ausbildungstagen des KJC präsent, zuletzt im Jahr 2011.

Inwieweit „Presseoffiziere“ oder Karriereberater der Bundeswehr an Schulen Vorträge gehalten haben, ist dem Kreisausschuss nicht bekannt.
(Reg. Nr. 121/4)

3. Frage der Abgeordneten Sandra Laaz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.06.2012

Vorbemerkung:

Das Regionale Übergangsmanagement bietet zur Unterstützung eines besseren Übergangs von der Schule in den Beruf ein Peer-Group-Projekt an, in dem sich Auszubildende und Schülerinnen und Schüler austauschen können.

Frage:

Wie beurteilt der Kreisausschuss den bisherigen Erfolg dieses Projektes?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Das Peer Group-Projekt wird als ein Erfolg beurteilt. Peer Group-Ansätze gehen davon aus, dass Jugendliche sich Gleichaltrige/Gleichgesinnte als Vorbilder für Einstellungen und Verhaltensweisen suchen.

In diesem Peer Group-Projekt berichten Auszubildende aus unterschiedlichen Betrieben/Institutionen und Berufsbereichen Schüler/-innen von ihrem eigenen Weg in Ausbildung. Angesprochen werden Realschüler/-innen am Ende der Vorabgangsklassen sowie Hauptschüler/-innen zu Beginn der Abgangsklassen. Diese befinden sich in der Berufswahl- und Bewerbungsphase. In einem „Austausch auf Augenhöhe“ können Schüler/-innen ihre individuellen Fragen zu Ausbildung und Ausbildungsplatzsuche mit jungen Menschen, die diese Phase gerade abgeschlossen haben besprechen. Der Peer Group-Ansatz ermöglicht damit einen nachhaltigen und authentischen Wissenstransfer.

Die Schüler/-innen werden motiviert und auf ihrem Weg in Ausbildung gestärkt.

Die Auszubildenden werden von pädagogischen Fachkräften des Jugendbildungswerkes Marburg und des Fachdienstes Jugendförderung/RÜM des Landkreises Marburg-Biedenkopf für ihre Einsätze

geschult und von dem Organisationsteam über die gesamte Projektlaufzeit begleitet. Durch das ehrenamtliche Engagement werden auch die Auszubildenden in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung gefördert.

Die Betriebe/Institutionen leisten durch Freistellung ihrer Auszubildenden einen wichtigen Beitrag zum schulischen Berufsorientierungsprozess und können darüber hinaus neue interessierte Bewerber/-innen gewinnen.

Seit Sommer 2010 konnten 72 Peers geschult und eingesetzt werden. Es fanden 58 Einsätze an 12 Schulen im Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg statt. 16 Betriebe/Institutionen haben sich beteiligt.

Schulen und Betriebe aus dem Landkreis haben großes Interesse an dem Peer Group-Projekt.
(Reg. Nr. 122/4)

4. und 5. Frage des Abgeordneten Rainer Nau, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2012

Frage 4: Verkehrsbelastung auf das nachgeordnete Straßennetz durch den Bau der A 49

Vorbemerkung: Den Unterlagen aus dem Planfeststellungsbeschluss zum Abschnitt VKE 30 (Schwalmstadt-Stadtallendorf) ist zu entnehmen, dass das nachgeordnete Straßennetz, insbesondere auf der B454 (Südmumfahung Kirchhain) und der L3048 (Ebsdorfergrund), ohne weiterführende flankierenden Maßnahmen nicht in der Lage sei, die prognostizierte Verkehrsmenge aufzunehmen, wenn der Abschnitt VKE 30 bis Stadtallendorf gebaut und der Abschnitt VKE 40 ab Stadtallendorf noch nicht fertig gestellt wurde.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um Beantwortung nachstehender Frage:

Welche Verkehrsmenge wird auf der Südmumfahung Kirchhain B454/B62 (unter Angabe der einzelnen Abschnitte) sowie auf der Landesstraße 3048 durch den Ebsdorfergrund prognostiziert und welche konkreten weiterführenden flankierenden Maßnahmen sind auf dem nachgeordneten Straßennetz geplant, wenn die A 49 (ganz oder zeitweise nur) bis Stadtallendorf gebaut wäre?

Frage 5: Planfeststellungsbeschluss A49-VKE30

Vorbemerkung: Den Unterlagen aus dem Planfeststellungsbeschluss zum Abschnitt VKE 30 (Schwalmstadt-Stadtallendorf) ist zu entnehmen, dass die Konkurrenzfähigkeit zur Main-Weser-Bahn durch den Bau der A 49 gegeben sei und daher „spätestens zeitgleich mit dem A 49 – Bau geschwindigkeitserhöhende Maßnahmen auf der Main-Weser-Bahn in Mittelhessen zu realisieren“ sind.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um Beantwortung nachstehender Frage:

Welche konkreten geschwindigkeitserhöhenden Maßnahmen sind auf der Main-Weser-Bahn im Zusammenhang mit der Autobahnplanung zur A 49 geplant?

Die Fragen 4 und 5 werden von Herrn Landrat Fischbach beantwortet:

Da es sich bei den Anfragen Nr. 4 und 5 um zusammenhängende Sachverhalte handelt, werden die Anfragen zusammenfassend von Herrn Landrat Fischbach beantwortet :

Die Fragestellungen wurden an Hessen Mobil weitergeleitet. Auf Grund der politischen Dimension des Projektes A 49 wurde die Beantwortung der Anfragen von dort sowohl mit der Hessen Mobil Zentrale als auch mit dem Ministerium (HMWVL) abgestimmt.

Sehr ähnliche Fragen wurden der Landesregierung bereits mit der Kleinen Anfrage 18/5622 der Abgeordneten Karin Müller (BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN) im Mai 2012 vorgelegt.

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 18/5622 kann dem Landtagsinformationssystem des Landes Hessen (starweb.hessen.de) unter "Drucksachennummern" (18. Wahlperiode 18.01.2009 - 17.01.2014) entnommen werden. Wir möchten daher auf die dort gegebenen Antworten verweisen.

Eine separate Beantwortung durch den Kreisausschuss ist aufgrund der bereits vorliegenden Antworten der Landesregierung nicht erforderlich.

(Reg. Nr. 123/4)

(Reg. Nr. 123/4)

6. Frage der Abgeordneten Prof. Dr. Angela Thränhardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2012

Wie sind Gegenstände mit integrierten Batterien zu entsorgen, beispielsweise Kerzen mit integrierten Dioden oder Blinkschuhe für Kinder, und auf welcher Internetseite können sich Verbraucherinnen und Verbraucher darüber informieren, wie sich Abfälle mit besonderen Eigenschaften korrekt entsorgen lassen?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Geräte bzw. Gegenstände, die zu ihrem ordnungsgemäßen Betrieb elektrische Ströme oder elektromagnetische Felder benötigen, fallen in den Anwendungsbereich des Gesetzes für Elektro- und Elektronikaltgeräte (ElektroG). Insofern auch Sport- und Freizeitausrüstung mit elektrischen bzw. elektronischen Bauteilen = Blinkschuhe für Kinder. Für diese Geräte hat die Abfallwirtschaft Lahn-Fulda (ALF) für den Landkreis Marburg-Biedenkopf ein telefonisches Abrufsystem eingerichtet. Unter einer Servicenummer erhält man einen Abholtermin. Die Abholung erfolgt durch die INTEGRAL gGmbH. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Elektro- und Elektronikaltgeräte an den von der INTEGRAL gGmbH betriebenen zentralen Sammelstellen der ALF in Marburg-Cappel und Dautphetal-Dautphe abzugeben.

Die Abfallwirtschaft Lahn-Fulda hat seit 01.06.2012 einen eigenen Internetauftritt (www.a-lf.de). Dort ist integriert ein Abfall-ABC, in dem entsprechend der Schlagworte gesucht werden kann und die Entsorgungswege aufgezeigt werden. Allerdings befindet sich das Abfall-ABC noch im Aufbau und wird regelmäßig ergänzt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit sich über die kostenfreie Beratungshotline bei der Abfallwirtschaft Lahn-Fulda zu informieren. Die Rufnummer ist auf den jeweiligen Abfuhrkalendern der Städte und Gemeinden sowie auf den verschiedenen Infobroschüren der ALF verzeichnet.

(Reg. Nr. 124/7.1)

7. Frage des Abgeordneten Klaus Welsenfeld, SPD vom 13.06.2012

Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes

Beabsichtigt der Kreisausschuss die Umsetzung der den kommunalen Gebietskörperschaften obliegenden Pflichten und deren Anwendung nach dem HessBGG durch direkte Anwendung, für die ein Beschluss des Kreistages notwendig ist, zu sichern oder ist vorgesehen die verbindliche Planaufstellung nach § 3 Abs. 2 HessBGG durch eine entsprechende Zielvereinbarung zu ersetzen und wann ist dies vorgesehen?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Zur Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes hat der Kreisausschuss bereits mit der Beantwortung einer entsprechenden Großen Anfrage im Jahr 2010 einen umfassenden Bericht gegeben und darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz bei der Aufgabenerfüllung des Kreisausschusses grundsätzlich analoge Anwendung findet. Der Kreisausschuss unternimmt - nach wie vor - in diesem Rahmen alle möglichen Anstrengungen, um diskriminierendem Verhalten, ausgrenzenden Bedingungen, baulichen und kommunikativen Barrieren entgegen zu wirken und damit behinderten Menschen die gleiche Chance auf eine selbstbestimmte Lebensführung wie nichtbehinderten Menschen zu geben.

Da es nach dem Gesetz drei Umsetzungsvarianten gibt (Planaufstellung, Abschluss von Zielvereinbarungen oder aber Beschlussfassung des Kreistages zur entsprechenden Gesetzesanwendung), wird derzeit geprüft, welche Variante aus Sicht des Kreisausschusses die sinnvollste ist. Nach Abschluss dieser Prüfung wird der Kreistag hierüber eine Entscheidung zu treffen haben.

(Reg. Nr. 125/4)

8. Frage der Abgeordneten Eva Wenckebach, SPD vom 13.06.2012

In der OP vom 9.6.12 war zu lesen, dass der Deutschkurs an der Waldschule in Stadtallendorf nicht fortgeführt werden kann, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neue Regeln für die Förderung erlassen hat.

Liegt inzwischen eine Stellungnahme des Bundesamts vor und welche Chance sieht der Kreisausschuss zur Fortführung des erfolgreichen Deutschkurses?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Seit dem 9.6.2012 liegt keine weitere Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor.

Sofern das BAMF seine Förderregeln nicht ändert, sieht der Kreisausschuss keine Chance zur anderweitigen Finanzierung des Kurses (rund 12.000 Euro).

(Reg. Nr. 126/2)

9. Frage der Abgeordneten Anna Hofmann, DIE LINKE vom 14.06.2012

Ist dem Kreisausschuss bekannt, auf welche Weise in Gemeinden des Landkreises, die sich bereits für konkrete Standorte von Windkraftanlagen entschieden haben, die Bürger an den Entscheidungen mitbeteiligt wurden und wie der Bürgerwille aussieht?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Die Entscheidungen über konkrete Standorte von Windenergieanlagen erfolgen durch die zuständigen Gremien der Städte und Gemeinden im Rahmen der kommunalen Planungshoheit. In der Regel sind zur Unterrichtung der Bevölkerung Bürgerversammlungen erfolgt und sinnvollerweise auch vorzusehen. Die Reaktionen aus der Bürgerschaft sind standortabhängig unterschiedlich ausgeprägt.

Der Kreisausschuss hält eine Bürgerbeteiligung für unverzichtbar, weil nur so die notwendige Akzeptanz geschaffen werden kann.

(Reg. Nr. 127/7)

10. Frage der Abgeordneten Dr. Ingeborg Cernaj, DIE LINKE vom 14.06.2012

Ist dem Kreisausschuss bekannt, welche Gemeinden des Landkreises bereits Beschlüsse bezüglich der Aufstellung von Windkraftanlagen gefasst haben? Um welche Gemeinden und um jeweils wie viele Windkraftanlagen handelt es sich?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Die Fragestellung ist in Bezug auf gemeindliche „Beschlüsse“ unkonkret. Nahezu alle Kommunen im Landkreis beschäftigen sich mit der Nutzung der Windenergie. Die aktuelle Beschlusslage ist jedoch unterschiedlich ausgeprägt. Vielfach haben die Kommunen beschlossen, die vom Land Hessen ermittelten Windpotentialflächen weitergehend untersuchen zu lassen, Aufstellungsbeschlüsse im Rahmen der Flächennutzungsplanung gefasst oder sich zu privaten Windenergieanlagen positioniert.

Nach hiesigem Kenntnisstand haben gegenwärtig die folgenden Städte bzw. Gemeinden Beschlüsse gefasst, die im Zusammenhang mit konkret geplanten Windenergieanlagen stehen:

Amöneburg (16 Anlagen), Bad Endbach (8 Anlagen), Breidenbach (1 Anlage), Ebsdorfergrund (3 Anlagen), Gladenbach (2-3 Anlagen), Kirchhain (bis zu 7 Anlagen), Lahntal (3 Anlagen), Münchhausen (7 Anlagen) und Rauschenberg (4 Anlagen), d. h. zurzeit insgesamt bis zu 50 Anlagen.

Andernorts, wie z. B. in Biedenkopf, Breidenbach, Dautphetal, Fronhausen, Lohra, Stadtallendorf und Wetter werden noch flächenbezogene Überlegungen ohne abschließende Festlegung der Anlagenanzahl geprüft und diskutiert.

(Reg. Nr. 128/7)

TOP 2: Aktuelle Stunde gemäß § 15 der Geschäftsordnung

entfällt

TOP 3: Antrag des Abg. Jens Fricke, Piratenpartei, betreffend „Kommunen auf Abgeordnetenwatch“

Der Antrag des Abg. Jens Fricke, PIRATENPARTEI ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Fricke, PIRATENPARTEI
Herr Abg. W. Hesse, SPD
Herr Abg. Voyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Behlen, FDP
Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE
Herr Abg. Pohland, CDU

Im Zuge der Beratung beantragt der Abg. Fricke und die Fraktion DIE LINKE eine namentliche Abstimmung über den Antrag.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende namentlich über die Anträge abstimmen.

Er fragt dabei die einzelnen Abgeordneten ab, ob sie für oder gegen den Antrag stimmen, oder sich enthalten.

Namentliche Abstimmung:

JA-Stimmen für den Antrag des Abg. Jens Fricke, PIRATENPARTEI:

Sören Bartol, Dr. Ruth Beusing, Joachim Cilliox, Inge Dörr, Klaus-Dieter Engel, Jens Fricke, Bernd Hannemann, Katharina Hesse, Klaus Hesse, Philipp Hesse, Anna Hofmann, Michael Richter-Plettenberg, Delf Ruffert, Dr. Thomas Spies, Manfred Thierau, Klaus Weisenfeld, Eva Wenckebach, Adnan Yildirim

Nein-Stimmen gegen den Antrag des Abg. Jens Fricke, PIRATENPARTEI:

Angelika Aschenbrenner, Horst Bätz, Jörg Behlen, Ina Nadine Bernshausen, Karl-Hermann Bolidorf, Stefan Bug, Elisabeth Dörr, Frank Gotthardt, Stefan Heck, Heinrich Herbener, Werner Hesse, Christian Hölting, Walter Horn, Brigitte Klingelhöfer, Karl Krantz, Sandra Laaz, Rosemarie Lecher, Sabine Matzen, Michael Meinel, Juliane Metzger, Lothar Mücke, Reiner Nau, Elisabeth Newton, Heinrich Palz-Gerling, Roland Petri, Oliver Pohland, Jürgen Reitz, Dr. Thomas Schäfer, Sabine Schlegel, Bernd Schmidt, Tomas Schneider, Andreas Schulz, Alexander Steiß, Karin Szeder, Gerhard Teutsch, Joachim Thiemig, Prof. Dr. Angela Doris Thränhardt, Kurt Vogt, Manfred Vollmer, Patrick Voyé, Johannes Wagner, Werner Waßmuth, Christian Weigel, Monika Weigel

Enthaltungen

Martin Bergmann, Norbert Schüren

Es entfallen 18 Ja-Stimmen und 44 Nein-Stimmen auf den Antrag des Abg. Jens Fricke, PIRATENPARTEI.

Somit ist Antrag bei 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

TOP 4: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Mindestlohn bei öffentlichen Auftragsvergaben des Landkreises“

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Zu diesem TOP liegt auch ein Alternativantrag der FDP-Fraktion auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE
Frau Abg. Aschenbrenner, FDP
Herr Abg. Bergmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. W. Hesse, SPD
Herr Abg. Vollmer, CDU
Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE

Herr Abg. Fricke, PIRATENPARTEI
Herr Landrat Fischbach für den Kreisausschuss

Im Zuge der Beratung zieht die Abg. Hofmann den ersten Absatz des Beschlusstextes des Antrages der Fraktion DIE LINKE zurück.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende alternativ über die Anträge abstimmen.

1. Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, und des Abg. der PIRATENPARTEI und DER REPUBLIKANER

2. Abstimmung über den Alternativantrag der FDP-Fraktion

Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP

Somit ist der Alternativantrag der FDP-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, bei allen öffentlichen Ausschreibungen durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie der Eigenbetriebe, die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards wenn irgend möglich zu verlangen.

Gleiches gilt analog für Beschaffung von Waren und Vergaben von Dienstleistungen die nicht der Ausschreibungspflicht unterliegen.

Eine Erklärung über die Einhaltung, der in der Ausschreibung aufgeführten Standards, hat der Auftragsnehmer seinem Angebot beizufügen.

TOP 5: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Erstellung eines Bürgerhaushalts im Landkreis Marburg-Biedenkopf"

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Frau Abg. Aschenbrenner, FDP
Frau Abg. Dr. Beusing, SPD
Herr Abg. Vollmer, CDU
Herr Abg. Meinel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD , DIE LINKE sowie des Abg. der PIRATENPARTEI und DER PEPUBLIKANER und Gegenstimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP mehrheitlich abgelehnt.

TOP 6: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend "Regionalplan"

Der Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen. Die SPD-Fraktion ist dem Antrag beigetreten.

Zu diesem TOP liegt auch ein Bericht des Kreisausschusses auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt liegen ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Vor Eröffnung der Beratung übernimmt der stellvertretende Kreistagsvorsitzende Herbener die Sitzungsleitung.

Der stellvertretende Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Landrat Fischbach für den Kreisausschuss
Herr Abg. Waßmuth, CDU
Herr Abg. Behlen, FDP
Herr Abg. Schneider, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Landrat Fischbach für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stimmt der Kreistag dem Antrag des Abg. Waßmuth, namens der Koalitionsfraktionen, auf Erledigung einstimmig zu.

TOP 7: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend "STOP-Training"

Der Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der amtierende Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Waßmuth, CDU

Der Antrag wird vom Abg. Waßmuth im Zuge des Redebeitrages namens der Koalitionsfraktionen zurückgezogen.

TOP 8: Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Aktionsplan „Inklusion“ des Landkreises zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention"

Der Antrag wurde zu Sitzungsbeginn von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

TOP 9: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Gesamtplan für Windkraftanlagen (WKA) im Landkreis Marburg-Biedenkopf erstellen"

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt liegen ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der stellvertretende Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Landrat Fischbach für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der amtierende Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP, sowie Enthaltung des Abg. der PIRATENPARTEI mehrheitlich abgelehnt.

TOP 10: Kenntnisnahmen

TOP 10a: Kenntnisnahme der Haushaltsbegleitverfügung und Genehmigung zur Haushaltssatzung 2012 des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 31.05.2012 zum Haushaltsplan 2012 und der gleichzeitig erteilten Genehmigung zur Haushaltssatzung 2012.

TOP 10b: Kenntnisnahme vom Schlussbericht der Revision zur Entlastung des ersten doppeljährigen Jahresabschlusses 2009 des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Der Kreisausschuss hat den Schlussbericht der Revision über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 zur Kenntnis genommen und legt diesen mit dem Jahresabschluss 2009 nach den §§ 113 und 114 HGO (neu) in Verbindung mit § 52 und § 30 HKO dem Kreistag zur Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses vor. Dies soll in der Kreistagssitzung am 21. September 2012 erfolgen.

Auf früheren Wunsch des Ältestenrates wird der Prüfbericht zusammen mit dem 2009er Jahresabschluss und den dazugehörigen umfangreichen Unterlagen (Dokumentation, Anhang und Rechenschaftsbericht) in der vorhergehenden Kreistagssitzung als Tischvorlage verteilt.

An dieser Stelle übernimmt der Kreistagsvorsitzenden Ruffert wieder die Sitzungsleitung.

TOP 11: Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER zur Kreistagssitzung am 22. Juni 2012 betreffend "Rückkauf von a.on-Mitte"

Der Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER ist an alle Abgeordneten verteilt worden.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Landrat Fischbach für den Kreisausschuss
Herr Abg. Engel, SPD
Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Herr Abg. Behlen, FDP
Herr Abg. Fricke, PIRATENPARTEI
Frau Abg. Laaz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Apell, SPD
Herr Abg. Waßmuth, CDU
Herr Abg. Schüren, SPD
Landrat Fischbach für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und des Abg. der PIRATENPARTEI und DER REPUBLIKANER, sowie Gegenstimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

1. Der Kreistag begrüßt die Pläne des E.ON Konzerns, sich von seinen Anteilen an der E.ON-Mitte AG zu trennen.
2. Der Kreisausschuss wird damit beauftragt, wie geplant gemeinsam mit den anderen bisherigen kommunalen Anteilseignern und unter Abwägung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen einen Weg zu finden, die Mehrheit der Anteile zu erwerben und weitere kommunale, regionale Energieversorger und Kommunen einzubinden. Damit soll eine Rekommunalisierung erreicht und eine Finanzierung des Rückkaufes sichergestellt werden.
3. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, mit der E.ON-Mitte eine Vereinbarung abzuschließen, wonach die E.ON-Mitte für die Kosten der Transaktion zunächst in Vorlage tritt, und diese dann mit der Dividende der nächsten Jahre anteilig verrechnet werden.

TOP 12: Verschiedenes

Der Vorsitzenden dankt der Verwaltung für die organisatorischen Vorarbeiten, weist auf den Termin der nächsten Sitzung am 21. September 2012, 9.00 Uhr hin und schließt die Sitzung um 12.15 Uhr.

Der Vorsitzende:



Der Schriftführer:



Für die Fraktionen: